

Gemeinsam eintreten für Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie

5 „Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.“ – Albert Einstein

10 Die Lösung der epochalen Menschheitsprobleme, insbesondere Klimakrise, soziale Ungleichheit, Krieg und Vertreibung, dulden immer weniger Aufschub. Um Geschäftsinteressen nicht zu gefährden, wird die Lösung dieser Probleme dennoch seit Jahrzehnten verschleppt, oder die Probleme werden z.B. durch die aktuellen Aufrüstungspläne sogar weiter zugespitzt. Gleichzeitig wird versucht, durch Delegitimation der Schüler*innen-Proteste und Kriminalisierung der Proteste gegen Kohleverstromung und Abschiebungen einzuschüchtern. Die Polizei wird damit zur Zielscheibe des berechtigten Protestes gegen diese Politik. Die berechtigten Interessen der Kolleg*innen im Bergbau werden gegen die Umweltbewegung instrumentalisiert und drohen zugleich nicht berücksichtigt zu werden.

15 Die GEW NRW begrüßt, dass wachsende Teile der Bevölkerung Kohleausstieg, Verhandlung eines Atomwaffenverbotsvertrages, die juristische Durchsetzung von Rüstungsexport-Verboten, kollektives Lernen zur Lösung der Klimakrise usw. selbst in die Hand nehmen. Sie tritt selbst entschieden für Frieden, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen aller und den Ausbau statt der Aushöhlung der Demokratie ein. Sie strebt zudem an, gemeinsam mit den Schwestergewerkschaften Konversion und Strukturwandel in Rüstungsindustrie und Energiesektor selbst in die Hand zu nehmen und für eine fortschrittliche Neuausrichtung der Innenpolitik zu streiten:

- 20
- Sie streitet nicht nur für gute Arbeitsbedingungen, sondern auch für die demokratische Konstitution der Bildungseinrichtungen und fortschrittliche Bildungsinhalte. Dies bedeutet aktuell insbesondere:
 - Die GEW NRW intensiviert die Aktivitäten gegen die Verdrängung der Sozialwissenschaften in der Schule durch das Unterrichtsfach Wirtschaft.
 - Die GEW NRW unterstützt die Kampagne „Wissenschaft für Nachhaltigkeit, Frieden und Demokratie – Die Zivilklausel im NRW-Hochschulgesetz erhalten!“ und streitet dafür, dass auch die Schulen einen Beitrag zu Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit entwickeln. Dafür ist an den in den 1990er Jahren abgeschafften Erlass „Friedenserziehung im Unterricht“ anzuknüpfen.
 - Angesichts des jüngsten Bekenntnisses des Landtags zu Schulveranstaltungen mit Beteiligung der Bundeswehr bekräftigt die GEW NRW ihre Forderung, die Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr ersatzlos zu kündigen und intensiviert ihre Mitarbeit im Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ sowie im Bündnis „Unter 18 nie!“.
 - Die GEW NRW tritt aktiv für Frieden ein und setzt im Bündnis „Abrüsten statt Aufrüsten“ darauf, an die Friedensdemos der 1980er Jahre anzuknüpfen.
 - Die Umweltbewegung kämpft seit Jahrzehnten für Atom- und Kohleausstieg. Die GEW organisiert die Fachleute für Aufklärung und Forschung über Ursachen und Folgen des Klimawandels sowie über die im laufenden Strukturwandel involvierten wirtschaftlichen und politischen Interessen. Die IG BCE organisiert die Fachleute der Energiewirtschaft, die den notwendigen Strukturwandel nicht nur umsetzen, sondern im Interesse der gesamten Menschheit gestalten müssen; sie verfügt darüber hinaus über jahrzehntelange Erfahrung mit Strukturwandel.

35

Angesichts dessen initiiert die GEW unter dem Dach des DGB eine gemeinsam von Umweltbewegung, IG BCE und GEW getragene Arbeitsgruppe zur Kohlekonversion. Ziel der Arbeitsgruppe ist, Eckpunkte für einen sozialen Strukturwandel zur Erreichung des 1,5-Grad-Klimaziels und zur Demokratisierung der Energiemonopole zu erarbeiten und durchzusetzen.

- 40
- Dass die Polizei dem Grundgesetz und nicht der Regierung verpflichtet ist, ist eine entscheidende antifaschistische Errungenschaft. Die neuen Polizei-Aufgabengesetze zielen dagegen darauf, dass die Polizei durch Regierungen zur Durchsetzung rechter Projekte gegen die Mehrheit der Bevölkerung in Dienst genommen werden kann. Dementsprechend höhlen diese Gesetzesänderungen das Grundgesetz aus, richten sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung und machen die Polizei zur Zielscheibe von gewaltfreien wie gewaltbereiten Protesten gegen rechte Regierungspolitik.

45

Die GEW NRW weist diese „Reformen“ entschieden zurück. Sie initiiert zusammen mit dem DGB einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zur Aufarbeitung der Geschichte von Justiz und Polizei und zur Erarbeitung von Maßstäben für eine fortschrittliche Polizei- und Justizreform in Anknüpfung an das Wirken von Fritz Bauer.